

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Dienstag (Abend), 7. Juni 2016

Gesundheits- und Fürsorgedirektion

**66 2014.GEF.12506 Bericht
Behindertenpolitik im Kanton Bern 2016**

Fortsetzung

Präsident. Bis wir soweit sind, fahren wir zuerst – wie gewohnt – mit einer Bärengeschichte weiter. Die wahren Berner sind eigentlich auch Bären. Selbst ihre Hunde, die Berner Sennenhunde oder auch die Bernhardiner, sehen aus wie Bären und heissen meistens Bari oder Bärli. Jetzt habe ich noch eine Frage: Gibt es hier im Saal auch Grossräte, die zuhause von ihren Frauen liebevoll Bärli, Bari oder Bärli gerufen werden? Wenn ja, keine Angst! Das ist immer noch besser als zum Beispiel im Bündnerland, wo die Männer meistens als Bock oder steinalter Bock abgestempelt werden. Für Zürich habe ich drei Pünktchen, das bedeutet, die Namen sind zensuriert! Soweit meine Bärengeschichte zum heutigen Abend.

Wir fahren weiter mit Traktandum 66 und hören noch eine Fraktionssprecherin. Danach kommen wir zu den Einzelsprechern. Ich bitte diese, sich bereits anzumelden. Ich erteile Grossrätin Striffeler das Wort für die SP-JUSO-PSA-Fraktion.

Elisabeth Striffeler-Mürset, Münsingen (SP). Ich gebe meine Interessenbindung bekannt – ich bin im Vorstand von Cerebral Bern. Für Menschen mit Behinderung ist jeder Tag eine neue Herausforderung. Täglich müssen sie Höchstleistungen erbringen, nur um den Alltag zu bewältigen. Ich danke der Verwaltung und der Gesundheits- und Fürsorgedirektion für diesen wertvollen Bericht und die grosse Arbeit. Die Berner Behindertenpolitik ist ausgerichtet auf die Förderung der Selbstbestimmung, der Eigenverantwortung und der sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Dabei stehen bei den Kindern und Jugendlichen mit Behinderung die Förderung von Bildung und die Integration im Vordergrund. Der individuelle Unterstützungsbedarf von Menschen mit Behinderung soll – wie wir gehört haben – künftig mit VIBEL eruiert werden. Gestützt auf dieses Konzept werden Menschen mit Behinderung aufgrund ihres Budgets zukünftig selber entscheiden können, welche Unterstützungsleistungen sie einkaufen wollen. Diese Neuausrichtung soll laut dem Bericht für die gleiche Anzahl an Leistungsbeziehenden kostenneutral sein. Die Umsetzung des Konzepts ist jedoch sehr komplex. Unabhängig vom Systemwechsel werden Menschen mit Behinderung durch die demographische Entwicklung älter. Der Pflege- und Betreuungsbedarf wird ansteigen und ohne einen Qualitätsabbau zusätzliche Kosten verursachen. Dass die Neuausrichtung der Behindertenpolitik finanzielle und zeitliche Ressourcen erfordert, ist für die SP-JUSO-PSA-Fraktion nachvollziehbar. Es handelt sich um ein Projekt, welches die betroffenen Menschen einbezieht. Der Systemwechsel ist für Menschen mit Behinderung, aber auch für deren Angehörige wichtig. Damit werden Menschen mit Behinderung selbstbestimmter leben können. Die Gesundheitsdirektion hat einen sehr guten Weg gewählt, um Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft wirklich zu integrieren, sodass sie selbstbestimmt und eigenverantwortlich leben können, wo und wie sie wollen. Für sie ist es ein Meilenstein, für uns eine Selbstverständlichkeit. Für Menschen mit Behinderung ist VIBEL der richtige Weg in die Zukunft hinsichtlich der Selbstbestimmung und dem Abbau von Diskriminierung. Wir bitten um Kenntnisnahme des Berichts.

Zu den Planungserklärungen: Ein kleiner Teil der SP-JUSO-PSA-Fraktion unterstützt die Planungserklärung 1, die restliche Fraktion lehnt diese ab. Zur Planungserklärung 2 bezüglich der neu geschaffenen Stellen in der GEF sind wir der Meinung, dass es ein Glück ist, dass diese Stellen be-

reits bewilligt sind. Wir finden diesen Antrag stossend, weil gerade auf die Gesundheitsdirektion durch die demographische Entwicklung in nächster Zukunft ein Mehrfaches an Arbeit zukommen wird. Wir lehnen diese Planungserklärung ab. Allen nachfolgenden Anträgen stimmen wir zu.

Präsident. Wie angekündigt, kommen wir nun zu den Einzelsprechern.

Sabina Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden (SVP). Als Mitglied der Kommission, welche im Jahr 2011 den Behindertenbericht bearbeitet hatte, wies ich bereits damals auf etwas hin, wovon ich fand, es müsse unbedingt berücksichtigt werden. Hier sind nicht nur körperlich und geistig Behinderte enthalten, sondern ebenfalls Drogenkonsumenten und Süchtige. Ich warnte bereits damals davor, diesen auch eine Subjektfinanzierung zu gewähren. Wie man von drogenabhängigen Personen weiss, sind diese nicht fähig, über ihr eigenes Leben zu bestimmen. Vielfach schätzen sie sich auch falsch ein. Es gibt sicher kaum eine Person, die nicht selber in einer Wohnung wohnen möchte, selbst wenn sie gar nicht fähig dazu ist. Dass die Kosten dadurch ausufern, ist klar. Eigentlich habe ich bereits darauf hingewiesen, dass man die verschiedenen Behinderungen etwas auseinandernehmen sollte. Ansonsten wird man den verschiedenen Behinderungen nicht gerecht. Wenn jemand körperlich behindert und dabei im Kopf ganz klar ist, versteht es sich von selbst, dass diese Person selber bestimmen sollte. Dafür eignet sich die Subjektfinanzierung sehr gut. Aber eben, ich möchte einfach mein Bedauern darüber festhalten, dass dieses Argument nicht berücksichtigt wird. Ich kenne sehr viele, gerade junge Leute, die wegen ihres Suchtmittelkonsums behindert sind.

Präsident. Wünschen weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher das Wort? – Dies scheint nicht der Fall zu sein.

Philippe Perrenoud, Gesundheits- und Fürsorgedirektor. Je nous souhaite une bonne session de soirée. Merci encore pour les félicitations que je transmettrai volontiers encore une fois à Markus Loosli et bien sûr à Claus Detreköy et je remercie aussi la Commission qui a fait un excellent travail de fond, de conviction et qui a pu se convaincre du bien-fondé, en particulier du « VIBEL » comme on dit en allemand, qui n'était pas forcément quelque chose d'évident à accepter d'emblée, vu que nous sommes le seul canton en Suisse à le faire, mais on voit que cela intéresse aussi les autres cantons. J'ai eu plusieurs collègues d'autres cantons qui ont voulu savoir comment ce dossier VIBEL allait se passer. J'en viens aux déclarations de planification. Concernant la déclaration de planification 1, même si personnellement en tant qu'homme de gauche, celle-ci me paraîtrait sympathique, du point de vue du magistrat cela ne respecterait pas la neutralité des coûts. Dans la déclaration de planification 2, je laisse mon successeur voir comment il va s'arranger avec les postes supplémentaires ou pas. Concernant la déclaration de planification 3, on peut l'accepter bien sûr, mais c'est déjà quelque chose qui est en cours. La déclaration de planification 4, pourquoi pas, cela fait partie de l'évaluation à mettre en place pour la suite du travail. La déclaration 5 peut aussi être évaluée comme une possibilité, cela me paraît clair. Quant à la déclaration 6, c'est également prévu. Pour la déclaration 7, là j'ai une réponse à donner à la députée Schnegg: l'idée était justement de n'avoir qu'un tiers du besoin qui était pour les proches, pas pour les punir mais simplement que sinon cela pourrait augmenter énormément les coûts, et c'est prévu qu'à partir des projets pilote 2017 on évalue comment cela va se passer avec les proches soignants payés. C'est quelque chose qu'il nous faut aussi un peu tester avant de pouvoir confirmer la suite. On peut bien sûr souhaiter qu'il y ait des contrats de travail, mais même les entreprises conseil qui s'occupent du dossier disent de faire attention, qu'il y a des problèmes. Donc ce n'est pas si évident que cela, mais bien sûr qu'il nous faudra porter notre attention là-dessus et dans ce sens-là on pourrait accepter cette déclaration de planification. J'espère que je n'ai pas parlé trop vite après la pause pour le service de traduction.

Präsident. Wünscht die Kommissionssprecherin nochmals das Wort? – Dies ist nicht der Fall. Wünscht die Antragstellerin der Grünen nochmals das Wort? – Dies ist ebenfalls nicht der Fall. Dann kommen wir zu den Abstimmungen. Wir gehen – wie bisher – Punkt für Punkt durch. Bitte passen Sie auf und verwechseln Sie die Planungserklärungen nicht mit den Planungsgrundsätzen. Diese sind mit unterschiedlichen Ziffern versehen. Die Planungserklärung Ziffer 1 ist jene der Grünen, die Planungserklärungen Ziffern 2 bis 6 kommen von der Kommission und die Planungserklärung Ziffer 7 stammt wiederum von den Grünen.

Wir stimmen über die Planungserklärung Ziffer 1 der Grünen ab. Wer diese annehmen möchte,

stimmt ja, wer diese ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (1. Planungserklärung Iannino Gerber, Hinterkappelen (Grüne))

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	46
Nein	99
Enthalten	1

Präsident. Sie haben diese Planungserklärung verworfen. Wir fahren mit der Planungserklärung Ziffer 2 der GSoK weiter. Wer diese annehmen möchte, stimmt ja, wer sie ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (2. Planungserklärung GSoK (Beutler-Hohenberger, Gwatt (EVP))

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	94
Nein	51
Enthalten	0

Präsident. Sie haben die Planungserklärung Ziffer 2 angenommen. Wir kommen zur Planungserklärung Ziffer 3 der GSoK. Wer diese annehmen möchte, stimmt ja, wer sie ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (3. Planungserklärung GSoK (Beutler-Hohenberger, Gwatt (EVP))

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	145
Nein	0
Enthalten	1

Präsident. Sie haben die Planungserklärung Ziffer 3 angenommen. Wir fahren weiter mit der Planungserklärung Ziffer 4 der GSoK. Wer diese annehmen möchte, stimmt ja, wer sie ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (4. Planungserklärung GSoK (Beutler-Hohenberger, Gwatt (EVP))

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	144
Nein	1
Enthalten	1

Präsident. Sie haben die Planungserklärung Ziffer 4 angenommen. Wir kommen zur Planungserklärung Ziffer 5 der GSoK. Wer diese annehmen möchte, stimmt ja, wer sie ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (5. Planungserklärung GSoK (Beutler-Hohenberger, Gwatt (EVP))

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	143
Nein	0

Enthalten 2

Präsident. Sie haben die Planungserklärung Ziffer 5 der GSoK angenommen. Wir kommen zur Planungserklärung Ziffer 6 der GSoK. Wer diese annehmen möchte, stimmt ja, wer diese ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (6. Planungserklärung GSoK (Beutler-Hohenberger, Gwatt (EVP))

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 146

Nein 0

Enthalten 0

Präsident. Sie haben die Planungserklärung Ziffer 6 einstimmig angenommen. Wir kommen zur Planungserklärung Ziffer 7 der Grünen. Wer diese annehmen will, stimmt ja, wer sie ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (7. Planungserklärung Iannino Gerber, Hinterkappelen (Grüne))

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 53

Nein 89

Enthalten 3

Präsident. Sie haben die Planungserklärung Ziffer 7 abgelehnt. Wir kommen damit zur Schlussabstimmung. Die angenommenen Planungserklärungen werden an den Anfang des Berichts gestellt. Wer diesen Bericht inklusive den Planungserklärungen Ziffer 2–6 zur Kenntnis nehmen will, stimmt ja, wer dies ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Kenntnisnahme mit Planungserklärungen

Ja 146

Nein 0

Enthalten 0

Präsident. Sie haben vom Bericht Behindertenpolitik im Kanton Bern 2016 einschliesslich der beschlossenen Planungserklärungen einstimmig Kenntnis genommen.